

## Raus aus der Stagnation – NRW braucht ein Update

Vorschläge für kurzfristige Zukunftsinvestitionen für Mobilität und Bildung im digitalen Zeitalter

### I. Wirtschaftliche Lage und Zukunftsfähigkeit: NRW fällt weiter zurück

Die FDP-Landtagsfraktion hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) mit der Anfertigung eines Gutachtens zur Lage und zur Zukunftsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und insbesondere der Industrie beauftragt. Dieses Gutachten untersucht einschlägige wirtschaftliche Kennzahlen und Indikatoren zum Wirtschafts- und Industriestandort, vergleicht diese länderübergreifend und leitet daraus Lagebeschreibung, Ursachen und Perspektiven für Nordrhein-Westfalen ab.

Die Befunde des Gutachtens sind besorgniserregend: Während die Wirtschaft bundesweit wächst, stagniert die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. NRW ist Schlusslicht im Ländervergleich. Bei allen vom RWI untersuchten Indikatoren nimmt NRW einen letzten oder einen der hinteren Plätze ein.

Noch schwerwiegender ist der Befund mit Blick auf die Zukunft: Für das Land Nordrhein-Westfalen besteht aktuell keine positive Wachstumsperspektive. Denn auch bei den vom RWI untersuchten Indikatoren, die das langfristige Wachstumspotential betreffen, belegt NRW hintere Plätze.

Bei fünf von zehn wirtschaftlich wichtigen Indikatoren liegt NRW auf dem letzten, bei den anderen auf unteren Rängen. Die Ergebnisse lassen befürchten, dass NRW bei den gegebenen Rahmenbedingungen auch in den kommenden Jahren keine positive Wirtschaftsentwicklung aufweist.

<b>Lage</b>	
<b>Indikator</b>	<b>Ranking (von 8)</b>
Wirtschaftswachstum	Letzter
Entwicklung der industriellen Wertschöpfung	Letzter
Entwicklung der Produktivität in der Industrie	Letzter
Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie	Vorletzter
Entwicklung der Löhne in der Industrie	5.

<b>Perspektiven</b>	
<b>Indikator</b>	<b>Ranking (von 8)</b>
Investitionen des Staates	Letzter
Entwicklung der Investitionen der Industrie	Letzter
Entwicklung der Bildungsausgaben	Geteilter Vorletzter
Aufwendungen für FuE	Geteilter 5.
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2014	Vorletzter

Lediglich bei der Entwicklung der Anzahl der Industriebetriebe steht Nordrhein-Westfalen an der Spitze, ohne dass davon jedoch eine Aussagekraft für die Zukunftsfähigkeit des Standortes ausgeht (RWI 2016, S. 13f.). Auch bei der Breitbandversorgung steht Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der starken städtischen Struktur sowie der von der Landesregierung selbst dargelegten Ausbaudynamik von nicht einmal zwei Prozentpunkten im Jahr schlecht da. Dabei ist der Zugang zum schnellen Internet für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend.

### II. Raus aus der Stagnation: mehr Investitionen, bessere Rahmenbedingungen

Die Forscher des RWI nennen ihren Befund zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen „alarmierend“.

Wörtlich führen sie aus: „*Strukturelle Nachteile aus der industriellen Vergangenheit Nordrhein-Westfalens scheinen diese Entwicklungen nicht ausreichend erklären zu können, denn die Wachstumszahlen des vergangenen Jahrzehnts stellten das Land noch in einem wesentlich besseren Licht dar. Es wäre daher ratsam, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu erwägen, die dieser Tendenz einer De-Industrialisierung des Landes gepaart mit schwachen Wachstumspotenzialen entgegensteuern könnte. Dabei sollten wohl nicht zuletzt solche Rahmenbedingungen im Vordergrund stehen, welche bessere Anreize zu umfassenden Investitionen in Produktivkapital und in Innovationen geben könnten. Eine solche wachstums- und investitionsfreundliche Politik könnte zur dringend benötigten Stärkung des Standorts Nordrhein-Westfalen beitragen.*“

Das RWI empfiehlt, zwei zentrale Ansatzpunkte zu verfolgen: mehr Investitionen und bessere Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie. Hier habe das Land Nordrhein-Westfalen eigene Möglichkeiten, um die wirtschaftliche Entwicklung positiv zu beeinflussen.

Die FDP-Landtagsfraktion nimmt die Alarmsignale ernst. Die Freien Demokraten fordern deshalb, kurzfristig finanzielle Mittel für Zukunftsinvestitionen für Mobilität und Bildung im digitalen Zeitalter zu mobilisieren. In diesen Bereichen ist mit einem wachstumsfördernden Multiplikatoreffekt zu rechnen. Vorhandene Mittel sollen für diese Bereiche umgewidmet und zusätzliche Mittel, etwa durch eine andere Zusammenarbeit mit dem Bund, hinzugewonnen werden.

Die FDP-Landtagsfraktion nimmt außerdem die Anregung des RWI auf und bekräftigt ihre Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Die Konzepte sind dazu geeignet, das Investitionsklima zu verbessern. Das ist ebenfalls eine Chance, die Stagnation in Nordrhein-Westfalen zu überwinden und wieder einen Wachstumskurs einzuschlagen.

### **III. Zukunftsinvestitionen für Mobilität und Bildung im digitalen Zeitalter**

Die aktuelle Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen verlangt nach gestalterischen Impulsen. Es liegt auch in der Hand der Politik, dass sich das Land zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger wieder besser entwickeln kann. Dafür muss es gelingen, wieder mehr Vertrauen und dadurch mehr Investitionen am Standort zu generieren.

Das RWI-Gutachten diagnostiziert ein Kernproblem: In NRW wird zu wenig investiert. Unser Vorschlag ist: NRW durch gezielte Investitionen in den Bereichen Mobilität und Bildung zu einem der führenden Standorte in Europa zu machen.

#### **1) Entwicklungspaket für Mobilität in der digitalen Gesellschaft**

Mobilität der Zukunft ist eines der Megathemen der kommenden Jahre. Die Region Rhein-Ruhr ist ein verdichteter und pendlerreicher Raum. Wie kaum eine andere Region in Europa ist sie dafür prädestiniert, die Mobilität der Zukunft zu entwickeln, zu testen und voranzubringen. Die potentiellen Partner aus den relevanten Wirtschaftsbranchen – Mobilität, Energie, IT oder Fahrzeugbau – sind genauso vorhanden wie die nötigen Forschungseinrichtungen. An Teststrecken z.B. in Wuppertal kann angeknüpft werden. Vor allem aber verfügen das Ruhrgebiet und das Umland über eine große und mobile Bevölkerung, die in dieses Zukunftsprojekt einbezogen werden muss.

Wir schlagen vor, mit einem Entwicklungspaket die Region Rhein-Ruhr zum Testlabor eines weltweit führenden Mobilitätsstandorts NRW zu entwickeln. Dazu gehören:

- Autonomes Fahren und alternative Antriebssysteme: Infrastrukturkonzepte, smarte Verkehrsleitsysteme und -schilder, Kommunikationssysteme, Mehrinvestitionen in Forschung und Entwicklung, Ausbau von Lehrstühlen, etc.

- ÖPNV der Zukunft: Forschungsvorhaben stärker fördern, Wettbewerbe für ÖPNV-Technologien der Zukunft ausloben, bei dem die besten Ideen von der Landesregierung finanziell unterstützt und umgesetzt werden.
- Startup-Cluster Mobilität und Logistik aufbauen (neben weiteren Startup-Clustern, die an die vorhandenen Stärken in anderen Regionen anknüpfen)
- Stärkung der Investitionen in Infrastruktur, u.a. durch Planungsoffensive des Landes, um mehr Bundesmittel für den Straßenbau zu akquirieren und Priorität auf flächendeckenden Glasfaserausbau statt Re-Monopolisierung veralteter (Kupfer-) Technik.

Auf dieser Basis können neue Konzepte, Ideen und Technologien entstehen, die nicht nur die Mobilität der Zukunft gestalten, sondern auch neue Wertschöpfungs- und Zukunftschancen für die Region schaffen (z.B. Energiesektor, neue Startups). Gleichzeitig wird ein Beitrag zur Weiterentwicklung umweltfreundlicher und effizienter Mobilität geleistet.

Entwicklungspaket für Mobilität in der digitalen Gesellschaft: NRW braucht Investitionen in modernste Verkehrs-Infrastruktur – aber keine Prämie für Besserverdiener. Die FDP-Fraktion lehnt die von der Bundesregierung beschlossene Kaufprämie für E-Autos ab. Sie ist kein Beitrag zu einem nachhaltigen Innovationssprung. Investitionen in Infrastruktur und Forschung sind nachhaltiger und kommen allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der gesamten Wirtschaft zugute.

Wir schlagen deshalb vor, das beabsichtigte Programm umzugestalten und die veranschlagten staatlichen Mittel in Höhe von 600 Millionen Euro den Ländern für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Für NRW wären das Investitionsmittel von etwa 120 Millionen Euro.

Auch der Europäische Regionalentwicklungsfonds für Nordrhein-Westfalen (EFRE) kann zu diesem Innovationssprung beitragen. Würden rund 20 Prozent der für Forschung, Stadtentwicklung und CO2-Reduzierung vorgesehenen Mittel für diesen zentralen Zukunftsbereich eingesetzt, könnten Investitionsmittel in Höhe von rund 400 Millionen Euro generiert werden.

## **2) Investitionspaket für digitale Bildung in unseren Schulen**

Bildung ist ein zentraler Wachstumstreiber. Mehr Investitionen in beste Bildung lohnen sich für jede und jeden einzelne/n Schüler/in. Das Land profitiert aber auch insgesamt, weil gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler zu höherer Produktivität und wirtschaftlichem Wachstum beitragen.

Auf dem Weg zur besten Bildung der Welt brauchen wir eine umfassende Modernisierung unserer Schulen. Fast alle Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse verfügen bereits über ein eigenes Smartphone oder ein Tablet. Die Geräte sind da, aber im Unterricht werden sie zu selten eingesetzt – weil die Schule kein WLAN hat, weil es keine E-Books gibt, weil Lehrer zu wenig fortgebildet sind oder weil digitale Medien unzureichend in Lehrplänen verankert sind.

Investitionen für das Klassenzimmer 4.0 ermöglichen: Wir schlagen vor, in den nächsten fünf Jahren insgesamt 1.000 Euro pro Schüler in die Ausstattung der Schulen mit moderner Technik (Breitbandanschlüsse, WLAN, Smartboards, E-Learning-Programme, Tablets, Notebooks, IT-Wartung und Service usw.) zu investieren.

„Land und Kommunen können die notwendigen Investitionen alleine nicht stemmen. Wir schlagen deshalb vor, dass Bund und Länder gemeinsam ein Sonderprogramm auflegen, mit dem eine moderne IT-Infrastruktur in den Schulen aufgebaut und auf einem technisch aktuellen Stand gehalten werden soll. Damit könnten in den kommenden Jahren wichtige Investitionsmittel für die Modernisierung der NRW-Schulen gewonnen werden.“

Im Zeitalter der Globalisierung ist Bildung eine gesamtstaatliche Kernaufgabe. Mit einem Flickenteppich aus 16 Schulsystemen sind wir in Europa nicht konkurrenzfähig. Wir sind dafür, den Bund stärker in die finanzielle und koordinierende Verantwortung zu nehmen und das Grundgesetz entsprechend anzupassen.

#### **IV. Zukunft für Mittelstand und Industrie – Zukunft durch Investitionen**

Ein weiteres zentrales Ergebnis des RWI-Gutachtens ist, dass Nordrhein-Westfalen unter einem besonders schlechten Investitionsklima leidet. Die Unternehmen haben offenbar das Vertrauen in den Standort verloren. Wir wollen das zügig ändern: durch ein Bekenntnis zum Industriestandort und durch investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen.

##### Staatsziel Infrastruktur

- Digitale Netze, Straßen und Schienen, Wasserwege und Flughäfen sind das zentrale Nervensystem einer modernen Gesellschaft und einer zukunftsfähigen Industrie.
- Die Förderung leistungsfähiger Infrastrukturen muss als Staatsziel in der Landesverfassung verankert werden. Diese Prioritätensetzung schafft auch langfristige Investitionsperspektiven.

##### Landesentwicklungsplan

- Der LEP-Entwurf muss grundlegend überarbeitet werden. Nötig ist ein klares Bekenntnis zum Wirtschafts- und Industriestandort (vgl. RWI 2016, S. 20). Er muss unmissverständlich deutlich machen, dass wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land erwünscht ist.
- Ein Bestandteil: Eigenes Kapitel "Wirtschaft" mit Strategien zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Industriestandorte und zur infrastrukturellen Anbindung dieser Standorte (inkl. Hafen- und Flughafenkonzept).
- Konzept für einen Neustart in der Energiepolitik, der für die Industrie in NRW langfristige Chancen und Perspektiven schafft.
- Wir wollen, dass die Landespolitik wieder Lust auf Investieren und Lust auf Produzieren macht. NRW darf nicht weiter die Signale aussenden, dass Industrie eigentlich ein Störfaktor ist.

##### Grundsteuerbremse

- Seit 2010 erhöhte sich der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen in jedem Jahr drastisch. Von allen Flächenländern weist das Land den höchsten durchschnittlichen Hebesatz auf (RWI-Konjunkturbericht 66 von 2015; S. 29).
- Das belastet Verbraucher und Konjunktur gleichermaßen, was sich langfristig wiederum negativ auf das Steueraufkommen auswirkt. Dieser Teufelskreislauf muss durch eine Grundsteuerbremse durchbrochen werden.

##### Bürokratiemoratorium für einen unkomplizierten Staat

- Verzicht auf die weiteren noch geplanten Belastungen für die NRW-Wirtschaft (Landeswassergesetz, Landesnaturschutzgesetz, etc.)
- Verzicht auf neue Bürokratie und Aufbau eines „Bürokratie-TÜV“, der bestehende Vorschriften und Regeln (z.B. TVgG, Hochschulzukunftsgesetz) auf ihre Wirksamkeit und Effizienz hin überprüft, also eine echte Nutzenanalyse leistet.
- Bürokratiefreies Jahr für Startups und digitale Gewerbeanmeldung